

Stand: 29.04.2026 18:28:27

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/3603

"Zusammenhalten: Echter Klimaschutz geht nur gemeinsam mit den Kommunen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/3603 vom 15.10.2024
2. Beschluss des Plenums 19/3635 vom 16.10.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 30 vom 16.10.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Zusammenhalten: Echter Klimaschutz geht nur gemeinsam mit den Kommunen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Gemeindetag im Rahmen der Klima-Allianz wieder aufzunehmen.

Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden sollen Maßnahmen entwickelt werden, um das Ziel eines klimaneutralen Bayerns bis 2040 sicher zu erreichen.

Begründung:

Laut Pressemitteilung vom 14. Oktober 2024 hat die Staatsregierung den Bayerischen Gemeindetag unangekündigt von der Klima-Allianz ausgeschlossen, weil der kommunale Spitzenverband wissen wollte, welche Maßnahmen ergriffen werden, um die Wärmewende in Bayern fünf Jahre früher als der Bund umzusetzen. Diese Forderung ist absolut legitim vor dem Hintergrund, dass die Städte und Gemeinden durch die verpflichtende kommunale Wärmeplanung eine große Verantwortung beim Erreichen des Ziels haben.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/3603

Zusammenhalten: Echter Klimaschutz geht nur gemeinsam mit den Kommunen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Leo Dietz

Abg. Johannes Becher

Abg. Benno Zierer

Abg. Harry Scheuenstuhl

Staatsminister Thorsten Glauber

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Zur Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zusammenhalten: Echter Klimaschutz geht nur gemeinsam mit den Kommunen (Drs. 19/3603)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Martin Stümpfig das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Bayerische Klimawoche ist in vollem Gange, und viele gute lokale Aktionen sind dabei. Auf der großen Bühne jedoch führt die Staatsregierung ein Theaterstück mit dem altherwürdigen Titel "Die Arroganz der Macht" auf. Das gipfelte nun im Rauswurf des Bayerischen Gemeindetags aus der Klima-Allianz. Dieses unwürdige Theater, das die Staatsregierung hier veranstaltet hat, kann man nur als Schmierentheater bezeichnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist passiert, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen? – Zum 20-jährigen Bestehen der Klima-Allianz wollte die Staatsregierung eine neue Charta – oder wie man außerhalb von Bayern sagt: eine neue "Tscharta" – besiegeln lassen. Der Text aus dem Jahr 2014 wurde gerade einmal an einer Stelle geändert, um niemanden zu überfordern. Da wurde nur eingefügt: "Klimaneutralität 2040". – Alles war für die große Show vorbereitet. Nun erdreistet sich doch tatsächlich ein Mitglied dieser Klima-Allianz, eine kritische Nachfrage zu stellen. Der Bayerische Gemeindetag hat sich, wohlgemerkt dreieinhalb Jahre nach Verabschiedung des Klimagesetzes, nachzufragen getraut, wie das mit der Klimaneutralität 2040 gehen soll. Das ist schon mehr als dreist. Und was passiert? Was macht die Staatsregierung? Bietet sie einen Dialog an? Eine Diskussion, Herr Glauber? Eine Unterstützung? – Nein, der Gemeindetag wird aus der Klima-Allianz geworfen.

Der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, schreibt verwundert in seiner Pressemitteilung – ich zitiere –:

"Ich kann nicht verstehen, warum Herr Glauber uns aus der Klima-Allianz ausgeschlossen hat. Wir hatten lediglich darum gebeten, dass uns vor Unterzeichnung des bayerischen Klimaneutralitätsziels 2040 ein konkreter Umsetzungspfad aufgezeigt wird."

Als Verantwortlicher für die Wärmeplanung, die nach dem Bundesgesetz auf das Jahr 2045 ausgerichtet ist, müsse man wissen, wie die vorgezogene Dekarbonisierung im Wärmesektor, gerade auch finanziell, in Bayern bewerkstelligt werden soll. – Da kann ich dem Herrn Brandl nur zustimmen.

Die Antwort des Umweltministeriums war aber wirklich eine schallende Ohrfeige – und ich wäre dankbar, wenn Sie zuhörten, Herr Glauber –:

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Der hört schon zu!)

Der Gemeindetag solle sich nicht so anstellen. Es ist doch niemand zu irgendetwas verpflichtet. Es geht nur um das Anstreben. Also ist es nur ein Ziel. – Und weiter heißt es: Wenn Sie nicht unterzeichnen, fliegen Sie raus.

Der Bayerische Gemeindetag ist seit 2008 Mitglied in der Klima-Allianz, und am letzten Donnerstag haben Sie ihn vor die Tür gesetzt. So geht man in der Staatsregierung, im Umweltministerium, mit Kritikern um. Da kann ich nur sagen: Wir können da nur den Kopf schütteln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hinzu kommt noch: Von Herrn Aiwanger haben wir es jetzt schon oft gehört, aber auch das Umweltministerium nimmt die Klimaziele nicht mehr ernst. Das ist wirklich ein Skandal.

Dabei ist die Klima-Allianz wirklich ein wichtiges Bündnis. Sie wurde 2004 auf Initiative des BUND Naturschutz gemeinsam mit der damaligen Staatsregierung gegründet. Beide haben gesagt: Wir wollen den Klimaschutz voranbringen und ein unabhängiges Netzwerk für den Klimaschutz weiterentwickeln. In den letzten Jahren ist aber nichts passiert. Die Klima-Allianz dient der Staatsregierung zunehmend nur noch als grünes Mäntelchen, als Aufhänger für eine große Show. Das ist wirklich mehr als schade.

Der Rauswurf des Bayerischen Gemeindetags aus der Klima-Allianz ist aber nur die Spitze des Eisbergs. Kritiker sind bei der Staatsregierung generell nicht erwünscht. Da hat man sich doch als Staatsregierung so ein geschmeidiges Klimagesetz gemacht, das nach außen hin wirklich super dasteht und ein tolles Klimaziel vorweist, und es erscheint gar nicht so wichtig, dass da eigentlich gar keine Maßnahmen oder Verbindlichkeiten drinstehen – wirklich ganz smart. Da stören einfach kritische Stimmen. Das müssen Sie doch verstehen, Herr Brandl.

(Widerspruch des Abgeordneten Walter Nussel (CSU))

Aber jetzt rudert das Umweltministerium wieder zurück. Jetzt heißt es wieder: Der Gemeindetag kann doch gerne wieder zurück, rein in den Club; aber – ein großes Aber – vorher müssen sie die Charta unterschreiben, und am Text wird nichts geändert. – Was ist das? Nimmt man so die Partner der Klima-Allianz ernst? – Wir setzen da ganz klar, ein großes Fragezeichen.

Herr Glauber, Sie kriegen in der Rede einiges ab, aber ich muss schon ganz klar sagen – das trifft Sie jetzt nicht ganz zu Unrecht –, die anderen Ministerinnen und Minister sind da natürlich auch voll mit im Boot, zum Beispiel Ihr Ministerkollege Hubert Aiwanger. Seit 2021 haben wir ein Klimagesetz. Seit bald zwei Jahren haben wir die klare Vorgabe einer Klimaneutralität 2040. Wir haben bis heute nichts, wie man denn diese Klimaneutralität erreichen kann. Da wird nichts geliefert. Seit Ende 2023 sagt der Bund klar, wie die Wärmeplanung gehen soll. Es gibt keine Umsetzungsvorschläge von Herrn Aiwanger.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Weil er den ganzen Mist aus Berlin korrigieren muss!)

Alles, was er zu Strom, Transformation, Industrie und Wärme sagt, ist immer nur ein Wort mit elf Buchstaben – Sie können es sich denken, Herr Locke –: Wasserstoff, Wasserstoff, Wasserstoff. Das reicht einfach nicht. Das ist viel zu dünn. Da lassen Sie die Macher draußen im Regen stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sagen klar: Nehmen Sie die Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Gemeindetag in der Klima-Allianz und auch sonst wieder auf. Nehmen Sie die Kritik ernst. Arbeiten Sie am Erreichen der Klimaziele. Es wird Veränderungen erfordern, es ist ein anspruchsvoller Weg; da ist Kritik eben wichtig. Es geht nicht nur um die Show. Wir brauchen mehr Inhalt und weniger Häppchen, würde ich Ihnen zurufen, Herr Glauber. Jetzt lassen Sie den Hickhack Aiwanger-Glauber, den Hickhack Aiwanger-Söder, den Hickhack zwischen den FREIEN WÄHLERN und der CSU! Packen Sie an! Entwickeln Sie gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden, den Machern bei uns, Maßnahmen, mit denen wir die Klimaneutralität 2040 in Bayern erreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir haben eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Prof. Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Stümpfig von den GRÜNEN, Sie haben hier gerade etwas von einer "Show" gesagt und sich in Ihrem Antrag beschwert, dass in den letzten Jahren nichts passiert sei. Vielleicht glauben Ihnen das nicht nur die Politiker der anderen Parteien nicht mehr, sondern vielleicht nehmen Ihnen auch die Bürger Ihre Klimahysterie nicht mehr generell ab. Es wurde angekündigt, dass es Dürrejahre geben werde. 2023, 2024 waren keine Dürrejahre. In diesem Frühjahr wurde der

Höllens-Horror-Hitzesommer angekündigt. Wir haben Niederschläge wie lange nicht mehr, übrigens auch im letzten Jahr.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Meiner Meinung nach müssen wir nicht nur einem kündigen. Man könnte eigentlich die gesamte Klima-Allianz kündigen. Man könnte sich dann auch erst einmal um die wirklichen Umweltprobleme kümmern. Wäre das nicht auch eine gute Sache, wenn Sie als GRÜNE sich einmal um die wirklichen Umweltprobleme kümmern würden, zum Beispiel um die Zerstörung von Flora und Fauna durch Windkraftanlagen in den bayerischen Wäldern?

(Widerspruch des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Martin Stümpfig (GRÜNE): Ich kann es nicht verstehen, wie Sie im Jahr 2024 noch immer die Augen davor verschließen, wie die Klimakrise bei uns in Bayern zuschlägt. Es gibt Schäden in Milliardenhöhe. Vielen Menschen wird durch Naturkatastrophen plötzlich die Existenz unter den Füßen weggezogen. Was nutzt es, mit Klimaleugnern darüber zu debattieren?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der nächste Redner ist der Kollege Leo Dietz für die CSU-Fraktion.

Leo Dietz (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Echter Klimaschutz geht nur gemeinsam mit den Kommunen. Das ist ein schöner Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN. Bayern ist Vorreiter beim Klimaschutz. Seit nunmehr zwanzig Jahren, genauer gesagt seit dem 10. Oktober 2004, existiert die Bayerische Klima-Allianz. Das ist ein starkes Bündnis aus Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik. Diese Allianz ist nicht nur eine bayerische Erfolgsgeschichte, sondern ein klares Zeichen dafür, wie ernst wir das Thema Klimaschutz nehmen. Der Freistaat hat schon lange verstanden, dass der Schutz unserer natürlichen Lebens-

grundlagen nicht nur eine Verantwortung, sondern auch eine Chance ist. Das Bündnis ist eine Chance für Innovation, für neue Arbeitsplätze und eine neue und vor allen Dingen nachhaltige Zukunft.

Die Bayerische Staatsregierung hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt. Das ist richtig. Wir streben an, bis zum Jahr 2040 klimaneutral zu sein. Das ist fünf Jahre früher, als das die Bundesregierung für ganz Deutschland vorsieht. Das zeigt, wie engagiert Bayern beim Klimaschutz vorangeht und wie wichtig uns eine nachhaltige Umsetzung ist. Natürlich gibt es bei so ambitionierten Vorhaben immer wieder Diskussionen und vielleicht auch Unstimmigkeiten. Sie haben es einer Pressemitteilung des Bayerischen Gemeindetags entnommen: Zuletzt gab es Spannungen zwischen dem Bayerischen Gemeindetag und dem bayerischen Umweltministerium. Spannungen darf es durchaus geben. Ich möchte ganz klar sagen und betonen, dass solche Unstimmigkeiten keinesfalls das Ende der bislang so guten Zusammenarbeit bedeuten. Ganz im Gegenteil, sie sind ein Zeichen lebendiger Diskussionen und eines demokratischen Prozesses.

Unser Ziel bleibt es, gemeinsam Lösungen zu finden. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir diese auch finden werden. Wenn man die Presse weiterverfolgt, erfährt man, unser Umweltminister Thorsten Glauber sagt, dass er für Gespräche weiterhin bereitsteht und dass das Ministerium auf eine Fortsetzung der Gespräche hofft. Ich bin mir sicher – ich erwarte das auch und muss es auch gar nicht groß fordern –, dass das Wirtschaftsministerium und das Umweltministerium bei diesen offenen Fragen Rede und Antwort stehen. Dann kann man hoffentlich davon ausgehen – die Hoffnung stirbt zuletzt –, dass die Unterschrift in diese Allianz eingeht und der gute Kreis wieder geschlossen ist, wie es bisher war.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Wollen Sie behaupten, dass dann, wenn einer wegen Unstimmigkeiten nicht unterschrieben hat, alles in Schutt und Asche liegt?

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE) – Gegenruf des Staatsministers Thorsten Glauber)

Das ist eben das Problem. Wir glauben das nicht. Wir glauben, wenn wir weitermachen und gemeinsam weitermachen, sind wir auf einem guten Weg.

Es wurde deutlich gemacht, dass wir konstruktiv und gern in Gesprächen bleiben werden und die Interessen der Städte und Gemeinden sowie der Bayerischen Staatsregierung auf einen Nenner bringen werden. Das werden wir vor allem im Sinne des Klimas und des Lebens und der Lebensqualität unserer Bürger in Bayern tun.

Der Schutz unserer Umwelt darf nicht zum Spielball von Einzelinteressen werden, die gemeinsame Verantwortung steht im Vordergrund. Deshalb möchte ich auch an den Bayerischen Gemeindetag appellieren, sich mit der Staatsregierung wieder an einen Tisch zu setzen. Lassen Sie uns offene und unklare Punkte klären sowie Informationen austauschen. Lassen Sie uns den gemeinsamen Weg fortsetzen, der uns in den letzten Jahren so weit gebracht hat.

Es ist doch die Frage, was die Opposition daraus macht. Bei dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN drängt sich mir teilweise der Eindruck auf, die GRÜNEN wollen Unfrieden stiften und einen Keil zwischen den Bayerischen Gemeindetag und die Bayerische Staatsregierung treiben.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Dieser Eindruck drängt sich mir auf. Meine Damen und Herren, solche Dringlichkeitsanträge dienen nicht dem Klimaschutz, sondern schaden ihm. Sie gefährden die Klima-Allianz und damit auch die ambitionierten Ziele des Freistaats. Die GRÜNEN setzen mit dem Dringlichkeitsantrag auf Konfrontation statt auf Kooperation. Sie wollen Streit anzetteln, wo Dialog notwendig wäre.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE) und Harry Scheuenstuhl (SPD))

Ich sage Ihnen eines: Die Regierungskoalition wird keine Spaltung zulassen. Wir stehen zu unseren Zielen und werden diese mit Sicherheit auch gemeinsam erreichen, sei es mit der kommunalen Wärmeplanung, die für Städte ab 100.000 Einwohner zum 01.07.2026 notwendig ist. Aber auch die ist nicht verbindlich, sondern nur richtungweisend. Ich sage Ihnen das ganz ehrlich. Wenn einer glaubt, nur mit einem Wärmeplan sei das Ziel schon erreicht, entgegne ich: Nein, meine Damen und Herren, dafür sind noch Investitionen in Milliardenhöhe notwendig. Natürlich muss das alles geklärt werden. Darüber müssen wir auch sprechen. Wir bleiben bei unserem Ziel der Klimaneutralität bis 2040, bei dem, was wir angestrebt haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der Klimaschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Wir in Bayern werden unsere Verantwortung wahrnehmen. Darum mein Appell an alle hier: Lassen Sie uns gemeinsam und nicht gegeneinander weitermachen. Es geht um das gemeinsame Ziel, wie wir diese Klima-Allianz stärken und unsere ambitionierten Ziele in der Zukunft erreichen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie bitten, gegen diesen Dringlichkeitsantrag zu stimmen. Warum? – Er ist ein als Dringlichkeitsantrag getarntes Störfeuer.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Dieses Störfeuer soll nur ein Einziges fordern, nämlich die Gespräche wieder aufzunehmen, mit denen wir niemals aufgehört haben.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Sie glauben, wir haben die Gespräche nicht geführt; das Gegenteil ist der Fall. Wir führen sie weiter. Meine Damen und Herren, wir führen die Gespräche weiter. Deswegen bitte ich um Ablehnung dieses Dringlichkeitsantrags.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. – Die erste kommt vom Kollegen Johannes Becher von den GRÜNEN.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Kollege Dietz, Sie haben gerade ausgeführt, dass man in einer Demokratie einen kritisch-konstruktiven Dialog führen kann und man nicht immer einer Meinung sein muss. Aber endet dann der kritisch-konstruktive Dialog damit, dass man jemanden aus einem Bündnis hinausschmeißt, der Gemeindetag von der Homepage der Klima-Allianz einfach entfernt wird? Ist das der Stil, den die CSU unter "kritisch-konstruktivem Dialog" versteht? Anders formuliert: Wenn Sie der Minister gewesen wären, hätten wir dann nicht einen besseren und geschmeidigeren Weg finden können, dass man tatsächlich miteinander vorankommt?

(Michael Hofmann (CSU): Das ist eine Fangfrage!)

Zu unserem Dringlichkeitsantrag: Wir wollen genau dieses Miteinander haben, weil die Kommunen bei der Umsetzung der Wärmewende der Schlüsselfaktor sind. Mich interessiert im Hinblick auf das Ziel, bis zum Jahr 2040 klimaneutral zu werden, was aus Ihrer Sicht die konkreten Maßnahmen der CSU sind, über die wir uns freuen dürfen, die in nächster Zeit umgesetzt werden. Diesen Maßnahmenplan vermisst nicht nur der Gemeindetag, sondern ganz Bayern.

(Michael Hofmann (CSU): Darauf soll er antworten? In einer Minute?)

Leo Dietz (CSU): – Darauf kann ich durchaus antworten. – Ich sage Ihnen: Ihr Dringlichkeitsantrag hat nicht gefordert, dass wir darlegen, was wir tun. Er hat gefordert, dass wir – –

(Johannes Becher (GRÜNE): Das war aber meine Frage!)

– Die Frage ist aber nicht der Inhalt des Dringlichkeitsantrags. Deswegen werde ich sie jetzt nicht beantworten. Ohnehin ist dafür der Staatsminister Thorsten Glauber zuständig. Er soll diese Fragen beantworten. Das ist nämlich genau das, was ihm immer vorgeworfen wird, dass es angeblich nicht erbracht wird.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich – jetzt sind wir bei dem Keil, den ich vorhin angesprochen habe –: Sie fangen jetzt genau dort an reinzubohren, wo Sie glauben, etwas für sich herausholen zu können. Ganz ehrlich: Nein. Die Gespräche – – Sie beziehen sich ausschließlich auf Pressemitteilungen.

(Johannes Becher (GRÜNE): Geben Sie doch einfach zu, dass es Schmarrn war!)

– Nein. Erstens muss ich nichts zugeben, sondern kann höchstens Ihre Frage beantworten. Die Frage beantworte ich natürlich sehr gerne. Sie haben Ihre Informationen aus der Presse. Dann fragen Sie doch den Minister, was dazu geführt hat, was die Gespräche waren und was das ausgelöst hat.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Prof. Dr. Ingo Hahn von der AfD-Fraktion.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Dietz von der CSU, einen Keil, den Sie gerade erwähnt haben, sehe ich beim Klimaschutz zwischen Ihnen gar nicht. Zwischen die CSU, die FREIEN WÄHLER, die GRÜNEN und die SPD passt nicht mal ein kleines Blättchen. In der Klimapolitik sind das doch allenfalls Nuancen, in denen Sie sich unterscheiden. Sie sagen es ja selber: Bayern ist seit zwanzig Jahren Vorreiter beim Klimaschutz. Ehrlich gesagt: Sie springen eigentlich nur auf den GRÜNEN-Zug auf, und zwar bundesweit und auch in Bayern. Sie machen genau das, was die GRÜNEN wollen und lassen sich vor ihnen hertreiben. Genau das ist das Problem. Deshalb geht es überall bergab. Auch in Bayern geht es bergab, weil Sie sich auf die falschen Themen konzentrieren. Wäre das nicht einmal ein Vorschlag für Ihre Regierungskoalition, dass Sie sich nicht auf Klimapolitik konzentrieren, sondern schauen, dass die Wirtschaft nicht weiter bergab geht, dass die Arbeitsplätze nicht abgebaut werden, dass für unsere Leute und unser bayerisches Volk Wohnraum geschaffen

wird und dass die Bildungsrankings nicht noch negativer für Bayern ausfallen? Meinen Sie nicht, dass diese Themen wichtiger sind als Klimapolitik?

(Johannes Becher (GRÜNE): Der Dringlichkeitsantrag war von uns und nicht von der CSU!)

Leo Dietz (CSU): Lieber Herr Prof. Hahn, man muss das eine tun, darf aber das andere nicht lassen. Das eine ist der Klimaschutz, das andere sind die anderen Dinge, die Sie genannt haben. Ich entgegne Ihnen: Es passt nicht ein einziges Blatt Papier zwischen uns, das Einzige, was nicht zwischen uns passt, ist die AfD.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Das ist klar!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Herr Prof. Ingo Hahn.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ihr Dringlichkeitsantrag, werte GRÜNE, mit dem Titel "Zusammenhalten: Echter Klimaschutz geht nur gemeinsam mit den Kommunen", den Sie heute in diesem Hohen Haus vorlegen, ist aus gleich drei Gründen eine Täuschung.

Erstens. Er geht von grundsätzlich falschen Annahmen aus.

Zweitens. Er ist nicht dringlich.

Drittens. Er verschleiert Ihr wahres Ziel. Bereits der von Ihnen verwendete Begriff Klimaschutz impliziert, dass der Mensch das Klima gezielt verändern bzw. schützen könne. Das ist aber gar nicht der Fall. Zwar mag er eine kleine Rolle im Klimagefüge spielen, jedoch ist es völlig absurd, den Menschen für größere Veränderungen im Weltklima verantwortlich zu machen.

(Beifall bei der AfD)

Wie würden Sie die gravierenden Schwankungen von CO₂ und Temperatur auf der Erde erklären, noch bevor der Mensch überhaupt existiert hat? Sie ignorieren nicht nur die große Vielzahl und Komplexität klimawirksamer Faktoren auf unserem blauen Planeten, sondern wollen uns Menschen auch ein schlechtes Gewissen machen, weil der CO₂-Gehalt in der Luft um sage und schreibe 0,01 % gestiegen ist.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, ich habe selbst als Professor an der Universität und der Hochschule Vorlesungen in Klimatologie gehalten, und ich sage Ihnen:

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Wenn jemand so einseitig voreingenommen ist wie die GRÜNEN beim sogenannten Klimaschutz, die extraterrestrische Solaraktivität ausblendet, dann will er die Menschen täuschen und ihnen einreden, dass CO₂-Neutralität wichtig sei.

(Johannes Becher (GRÜNE): Alle anderen sind Geisterfahrer!)

Das geht aber gar nicht. Der Mensch ist als heterotrophes Wesen immer schon nicht CO₂-neutral gewesen. Merken Sie sich das, Herr Becher!

(Lachen bei den GRÜNEN)

Eine spannende Frage wäre außerdem, was Sie machen würden, wenn es Ihnen tatsächlich gelänge, auch wenn es nicht möglich ist, unsere Gesellschaft CO₂- bzw. klimaneutral zu gestalten, und die Temperatur würde sich nach wie vor wandeln. Sie wären sprachlos und müssten zugestehen, dass der Mensch das Klima nicht gezielt steuern kann und auch nicht Gott spielen sollte.

Zum zweiten Punkt: Ihr Antrag ist nicht dringlich, weil wir noch Jahrtausende vor uns haben, in denen sich das Klima weiter wandeln wird: einmal wärmer, einmal kälter – mit Menschen oder ohne Menschen –, so wie es sich seit Millionen von Jahren immer

schon gewandelt hat, übrigens mit wesentlich mehr CO₂ und höheren Temperaturen in der Zeit, als es noch gar keine Menschen auf dieser Erde gab, und mit niedrigeren Temperaturen und sogar mit Eiszeiten, als es schon Menschen hier in Mitteleuropa gab. Man höre und staune.

(Beifall bei der AfD)

Sie verschleiern Ihr wahres Ziel, werte GRÜNE. Es geht Ihnen nicht um die Umwelt, sondern darum, unsere Gesellschaft mit einer klimasozialistischen Planwirtschaft zu transformieren.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Dabei scheuen Sie sich nicht vor den abstrusesten Verboten steigender Bürokratie und Ihrer, wie man es gerade wieder hört, moralischen Überheblichkeit. Durch das Habeck'sche Heizungsgesetz und das Instrument der kommunalen Wärmeplanung wollen Sie nun Ihrem zerstörerischen Schaffen auch noch die Krone aufsetzen, oder sollte ich sagen, das Krönchen, Herr Becker?

(Zuruf von den GRÜNEN: Herr Becher!)

– Herr Becher, Entschuldigung. Ein Krönchen für Herrn Becher.

Meine Damen und Herren, die Fernwärme soll es nun richten, im Übrigen eine Energieform, die die Bürger in die Abhängigkeit vom öffentlichen Versorger und damit in das politische Preisdiktat treiben soll. Eines ist klar: Wir als AfD enttarnen Ihre Absichten und decken Ihre wahren Motive auf.

(Beifall bei der AfD)

Zugegeben, einen Teil Ihres Ziels haben Sie bereits erreicht, nämlich die CSU und die FREIEN WÄHLER mit Ihrer Klimadoktrin grasgrün gefärbt. Selbst in die Bayerische Verfassung sollten in der vergangenen Legislatur der Klimaschutz und das Klima aufgenommen werden. Meine Damen und Herren, das wäre ein absurder Vorgang gewe-

sen und damit natürlich auch ein großer Fehler. Mit uns nicht, werte GRÜNE! Wir wollen sowohl den wirtschaftenden Menschen als auch die Natur erhalten.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Herr Benno Zierer.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Den Titel dieses Dringlichkeitsantrags kann ich unterstützen. Der Kampf gegen den Klimawandel ist eine große Gemeinschaftsaufgabe. Wenn Bayern seine Klimaziele erreichen will, sind die Landkreise, Städte und Gemeinden unverzichtbare Akteure, gerade in der Frage, wie wir zukünftig heizen werden. Es ist nicht so, dass der Gemeindetag, auch wenn es immer wieder behauptet worden ist, aus der Klima-Allianz hinausgeworfen worden wäre.

(Johannes Becher (GRÜNE): Das hat der Gemeindetag gesagt! – Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

– Was für eine Hetzerei, Herr Stümpfig, was für eine Hetzerei! – Du plapperst doch sonst auch nicht alles nach. Macht euch den "Bild"-Zeitungs-Stil nicht zu eigen. Das ist unwürdig. Herr Becher, Sie sollen sich nicht den "Bild"-Zeitungs-Stil zu eigen machen.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Bei Herrn Stümpfig sind wir es gewohnt; aber bei Ihnen bin ich überrascht.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Der Gemeindetag hat aus eigener Entscheidung die neue Charta der Allianz nicht unterschrieben. Deshalb kann er vorläufig nicht mehr als Mitglied geführt werden. Das war seine Entscheidung. Diese Entscheidung hat sonst keiner herbeigeführt. Wenn Sie das nicht wahrnehmen, ist das Ihre Sache. Alle anderen 51 Partner haben unterschrieben. Landkreistag, Städtetag, Bezirketag – alle haben unterschrieben. Natürlich

wollen wir, dass der Gemeindetag Partner bleibt. Er wird das meines Erachtens auch wieder werden, wenn wir wieder auf ein normales Diskussionsniveau zurückkommen.

Dieser Dringlichkeitsantrag dient einzig und allein dazu, dieses Thema aufzubauen, zu skandalisieren. Das, glaube ich, ist dieses Hauses nicht würdig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Worum geht es eigentlich? – Nach dem Zirkus um das unsägliche Habeck'sche Heizungsgesetz war es eine tragbare Lösung, die kommunalen Wärmeplanungen dazwischenschalten. Das ist vernünftig. Es macht Sinn, dass die Kommunen ausloten, wo es möglich ist. Die Kommunen wissen, wo man nachsteuern kann, wo man sich selbst betätigen kann, wo regenerative Quellen genutzt werden können.

Natürlich müssen die Kommunen die Kosten ersetzt bekommen. Die Diskussion wird zeigen, welche Mittel vorhanden sind. Bayern hat sich noch nie weggeduckt. Darüber laufen Verhandlungen mit den Wirtschaftsministerien und den Spitzenverbänden. Der Gemeindetag ist auch intensiv eingebunden. Er hat nicht nur eine Holschuld, sondern auch eine Bringschuld wie alle Diskussionsteilnehmer. Man kann nicht erwarten, dass die einen alles richten und die anderen nur Forderungen aufstellen.

Vom Bund gibt es zur Umsetzung circa 80 Millionen Euro, wenn sie denn kommen. Man muss dann erst einmal den richtigen Verteilungsmechanismus finden. Außerdem soll das Verfahren, das die Kommunen anwenden, möglichst schnell vonstattengehen und unbürokratisch sein. Dazu gehört, dass sich mehrere Kommunen zusammenschließen und eine gemeinsame Wärmeplanung dort vornehmen, wo es sinnvoll ist und es sich anbietet.

Es sieht momentan ganz gut aus, dass die entsprechende Verordnung, die gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden erarbeitet wird, Anfang nächsten Jahres in Kraft treten wird. Dann wird hoffentlich auch der Gemeindetag wieder dabei sein,

und die Bayerische Klima-Allianz wird vollständig werden. Die ganze Aufregung, Herr Stümpfig, war nur "Bild"-Zeitungs-Stil und ein Sturm im Wasserglas.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es gibt eine Zwischenbemerkung, Herr Kollege Zierer, vom Kollegen Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Lieber Benno, wir haben die Situation, dass sich seit zehn Jahren im Bereich Wärme gar nichts tut. Wir haben immer ungefähr die gleichen CO₂-Emissionen, und es gibt jetzt seit knapp zwei Jahren ein Klimagesetz, das Klimaneutralität bis zum Jahr 2040 fest schreibt. Der Bayerische Gemeindetag sagt zu Recht: Wir sind verpflichtet, wenn wir unterschreiben, die Wärmewende umzusetzen. Bevor wir das unterschreiben, sollt ihr uns doch bitte sagen, wie das funktionieren soll. – In den letzten eineinhalb, eindreiviertel Jahren ist nichts passiert. Sagen Sie, dass Herr Brandl vollkommen Unrecht hat mit seiner Forderung, mit seiner Bitte um eine Diskussion? Die Reaktion des Umweltministeriums war dann: Wenn ihr nicht unterschreibt, dann fliegt ihr raus. – Das ist doch kein Gebaren. Von daher gesehen die klare Frage an dich: Würdest du auch so reagieren, oder kann man hier einen anderen Weg gehen? Wann macht die Staatsregierung im Bereich der Wärmewende endlich einmal Nägel mit Köpfen, damit da was vorangeht?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Herr Stümpfig, Sie glauben doch nicht im Ernst, dass während der letzten Jahre nichts passiert ist, dass in den Ministerien geschlafen worden ist. – Sicherlich nicht. Das Ganze ist aber ein Prozess, der unsere Wirtschaft und unser Land umkrempelt. Das schafft man in ein, zwei Jahren nicht komplett.

Ich finde die ambitionierten Ziele absolut richtig. Wir müssen draußen herüberbringen, dass wir uns hier reinknien müssen. Das sollten alle Akteure tun, weil wir alle mitnehmen müssen. Vielleicht ist es das, was Ihnen zur Regierungsfähigkeit abgeht:

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Man muss die Leute mitnehmen. Das geht nicht von heute auf morgen. Genau diesen Weg wollen wir gehen.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Wenn man sie mitnimmt, dann schmeißt man sie vorher raus, oder was?)

Wir wollen bei den Leuten ambitioniert herüberbringen, wohin der Weg geht. Wie lange hat es gedauert, bis die Leute nicht mehr total gegen Windräder waren! Auch Photovoltaik war am Anfang umstritten. Es braucht einfach Ziele, bei denen Druck aufgebaut wird. Dann bewegt sich was. Das geht aber nicht von heute auf morgen. Man muss miteinander reden. Man muss sich einbringen. Die guten Ideen der Verbände werden selbstverständlich in den Häusern gehört und müssen auch abgestimmt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Als Nächster: Kollege Harry Scheuenstuhl.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Was ist passiert? – In der Zeitung liest man "Rauswurf". Man fragt sich, muss das sein? Das Tischtuch zwischen Gemeindetag und Staatsregierung ist zerschnitten. Eigentlich völlig unnötig.

Lieber Benno, unnötig war es auch, dass die Staatsregierung gekommen ist und gesagt hat: Wir sind Musterschüler. Wir wollen nicht 2045, sondern schon 2040 fertig sein. – Irgendwann reißt dem Gemeindetag einmal der Geduldsfaden. Dann sagt er natürlich: Wie macht ihr das denn? Welche Ideen habt ihr denn? Wie bringt ihr die Sache denn voran? – Herr Glauber, ich hoffe, es ist so richtig, wie ich annehme: Sie sagen zum Herrn Aiwanger, liefern wir einmal ein bisschen was; weil Sie sind ja für die Wärmeenergie zuständig. – Der liefert nichts, der macht nichts.

Mein Vorschlag wäre: Nehmen wir einmal die 1.000 Euro, die da für Arbeitsunwillige im Gespräch sind. Vielleicht kommt man dann einmal vorwärts.

(Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN – Felix Locke (FREIE WÄHLER):
Harry, Harry! – Michael Hofmann (CSU): Du solltest mal deinen eigenen Leuten
zuhören! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Kommunen, die mitmachen wollen, sagen, wir sind doch bereit voranzugehen, helft uns doch! – Dann sagt man, nein, wir helfen nicht, wir liefern nichts, wir machen nichts, wir mögen nicht.

Liebe Leute, als ehemaliger Bürgermeister sage ich: Dass man denjenigen, die vorne stehen, die begeistern wollen, die Hand wegschlägt, ist nicht notwendig, einfach nicht notwendig. Es ist nicht notwendig, Luftschlösser zu bauen und den Leuten zu erklären, wir Musterschüler, wir Bayern, wir sind wieder mal schneller, wir sind wieder mal besser; schau her, Rest Deutschlands, ihr seid doch gar nicht zu dem in der Lage, was wir können. – Man muss dann auch einmal Ross und Reiter nennen und keine Luftschlösser bauen. Ein Bürgermeister will wissen, was zu tun ist, und nicht auf irgendeinen Brief oder irgendeine Medaille hoffen, sondern er will agieren, er will arbeiten. Das gilt im Übrigen auch für die Bürgermeisterin.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ihr keine Ideen habt, dann müsst ihr halt sagen: Okay, wir können es nicht, wir wissen es nicht. Suchen wir gemeinsam nach Lösungen.

Der tiefe Ökograben zwischen Gemeindetag und Staatsregierung muss überwunden werden. Wir wollen gemeinsam vorankommen und nicht streiten. Ab und zu dürfen wir streiten, aber kommt: Schüttet den Graben zu, dann geht es uns allen besser.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Glauber ums Wort gebeten.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Klima-Allianz in Bayern feiert stolze zwanzig Jahre ihres Bestehens. Als sie 2004 auch mit großem Engagement des damaligen Vorsitzenden des BUND Naturschutz, Prof. Hubert Weiger, gegründet wurde, ist das Thema der Energiewende und der Transformation in vielen Gemeinden erst begonnen worden. Wir haben damals im Studium von Plus- und Nullenergiehäusern und über die Frage gesprochen, wie sich dieses Land in Zukunft energetisch von fossilen Energieträgern frei machen kann.

In den zwanzig Jahren der Klima-Allianz gab es natürlich eine feste Partnerschaft. Wir haben diese Partnerschaft – und diejenigen, die sich jahrelang für sie eingesetzt haben – in der jetzigen Klimaschutzwoche in vielen Veranstaltungen gewürdigt. Dazu gehört auch, dass man eine Charta, die man sich vor vielen Jahren gegeben hat, an das Heute und natürlich auch an das Klimaschutzgesetz anpasst.

Es wurde angesprochen, dass ein Partner gesagt hat, ich will bei der Wärmeplanung wissen, wie es am Ende weitergeht. Die Kolleginnen und Kollegen aus dem Ministerium haben mit dem Landkreistag natürlich viele Gespräche geführt. Es ist doch eine Selbstverständlichkeit, dass wir als Umweltministerium Rede und Antwort stehen.

(Johannes Becher (GRÜNE): Der Gemeindetag war gemeint!)

– Entschuldigung, natürlich der Gemeindetag. Der Landkreistag ist Partner geblieben. Danke, Herr Becher. Wir haben mit dem Gemeindetag Gespräche geführt.

Lieber Herr Stümpfig, Sie haben hier ordentlich Gas gegeben und dem Umweltministerium und dem Umweltminister oder der Staatsregierung die Schuld gegeben. – Die Kollegen haben dem Uwe Brandl klargemacht – zu meiner Person sage ich später noch etwas –, dass wir momentan nicht einmal wissen, ob uns der Bund das Geld für

die Wärmeplanung gibt. Sie haben in Berlin ein Wärmeplanungsgesetz beschlossen, das Geld aber auf 2028 verschoben. Das Geld kriegt man also vielleicht und mit Fragezeichen irgendwann einmal aus der Umsatzsteuer. So gehen Sie damit um: Sie bringen das Gesetz in die Welt, die Länder kriegen das Geld in Höhe von 500 Millionen Euro vielleicht 2028. Damit sollen wir arbeiten.

Der Uwe Brandl fragt uns, wie wir arbeiten. Soll ich sagen, frage doch den Kollegen Stümpfig, der das Geld vielleicht im Jahr 2028 bringt? – Wir haben das nicht gemacht. Ich gebe dem Uwe Brandl nicht solche Antworten.

(Unruhe)

– Hört zu und schwätzt nicht, dann wisst ihr es auch.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD – Toni Schuberl (GRÜNE): Wie viel Geld haben wir?)

– 500 Millionen, von denen der Freistaat Bayern, wie ihr versprochen habt, 80 Millionen kriegt. Die 80 Millionen, die momentan – –

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

– Zuhören, bitte! Sonst erzählt ihr wieder so einen Schmarrn. – Der Freistaat Bayern will diese 80 Millionen jetzt an die Kommunen ausreichen. Das Wirtschaftsministerium ist aktuell gerade dabei, mit dem Bayerischen Gemeindetag auszuhandeln, wie diese 80 Millionen in Zukunft für die kommunale Wärmeplanung in Städten und Gemeinden in Bayern eingesetzt werden. Das ist aktueller Gesprächsgegenstand. Das weiß der Uwe Brandl, das weiß der Herr Graf vom Gemeindetag. Das ist momentan Stand der Dinge. Diese Gespräche laufen, nicht mehr und nicht weniger.

Der Bayerische Gemeindetag hätte jederzeit die Charta unterschreiben können, weil er weiß, dass wir natürlich dazu stehen, diese 80 Millionen an die Kommunen weiterzugeben, und sie am Ende des Tages natürlich für die kommunale Wärmeplanung und

für all das, was die Kommunen dazu brauchen, eingesetzt werden. Die Gespräche laufen. Dann zu sagen, ich will nicht mehr unterzeichnen, ist schade; denn ich bin völlig dabei: Die Kommunen sind wichtiger Bestandteil der Energiewende und des Klimaschutzes in Bayern. Natürlich sind diese 2.056 Kommunen am Ende genauso wichtig wie unsere Landkreise, wie der Städtetag und wie der Bezirketag.

Ich habe es deshalb schade gefunden, als mich diese Nachricht ereilt hat. Ich sage jetzt noch etwas zum Umgang damit: Mit mir hat der Uwe Brandl – ich habe eigentlich einen Draht zu ihm – über dieses Thema nicht ein Wort gesprochen. Wenn man mit mir nicht ein Wort spricht, dann finde ich das schade. Ich finde es auch verwunderlich. Das ist ein Stil, den ich absolut nicht teile, weil ich finde, das ist genau der Stil, der nicht in diese Zeit passt und der es schwierig macht. Man soll nicht über jemanden reden, mit dem man kein Wort gesprochen hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Toni Schuberl (GRÜNE):
Dann schmeißt man ihn raus?)

– Ich habe überhaupt niemanden hinausgeschmissen, weil er mit mir gar nicht gesprochen hat. Kommen Sie mir nicht mit so einem Vorwurf.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Wenn sich der Uwe Brandl mal an mich gewandt hätte, dann hätte ich mit ihm natürlich das Gespräch gesucht. Seit meinem Krankenstand bin ich jetzt wieder zehn Tage im Amt. Zehn Tage lang hat er nicht einmal den Kontakt gesucht, eine SMS geschrieben oder angerufen. Dann so eine Pressemitteilung zu schreiben, finde ich schade. Wie gesagt, ich habe ein großes Interesse daran, dass der Gemeindetag am Ende ein starker Partner bleibt.

Ich kann auch die Aussage nicht verstehen, dass wir eine Tür zugeschlagen haben sollen. Das würde ich auch nicht so sehen. Die Kolleginnen und Kollegen sagen ganz klar, dass man bis zum Schluss immer versucht hat, den Bayerischen Gemeindetag

einzubinden. Ich werde dieses Gespräch – und das ist meine Art und meine Aufgabe – suchen. Ich werde jetzt auf Uwe Brandl zugehen. Ich werde mich nicht ins Schneckenhaus zurückziehen. Ich werde ihn bitten, dass er genauso Partner bleibt, weil wir die Kommunen brauchen.

Lieber Herr Stümpfig, ich bin nach wie vor Gemeinderat. Ich habe gelesen, dass Sie 2014 Ihr Stadtratsmandat aufgegeben haben. Ich bin also Kommunal geblieben, und daran sehen Sie doch auch, dass mir die Kommunen am Herzen liegen. Es ist völlig egal, ob du am Ende hier Abgeordneter oder Minister bist. Ich bin bei einer Gemeinde mit 1.980 Einwohnern immer noch Gemeinderat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb bleibe ich dabei: Mir liegt dieses Thema Gemeinde am Herzen. Mir liegt der Gemeindetag am Herzen. Mir liegen die Kommunen am Herzen. Wir werden versuchen, sie einzubinden. Wir werden die Angelegenheit mit dem Geld für die Wärmeplanung der Städte und Gemeinden klären, weil die Städte in Bayern auch dazugehören. Ich glaube, dann wird diese Aufregung auch schnell verfliegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Moment, Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Lieber Herr Staatsminister Glauber, ich war seit 2008 im Stadtrat, bin im Kreistag, und seit 2014 nicht mehr, weil die Stadtratssitzung immer am Mittwoch ist. Das kann man mit dem Mandat im Landtag schlecht vereinbaren, wenn man aus Feuchtwangen kommt. Von daher sind die Vorwürfe schon sehr weit hergeholt.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Die 500 Millionen Euro, die Aussage von dir, stimmt auch nicht. Das FAG, das Finanzausgleichsgesetz, wurde heuer vom Bund geändert. Aufgeteilt bis 2028 fließen die Mittel. Also, bitte bei der Wahrheit bleiben, wenn man hier im Hohen Haus als Minister spricht.

(Staatsminister Thorsten Glauber: Bis 2028!)

Die dritte Frage ist – und das ist in der ganzen Rede nicht erschienen –: Warum wurde nicht die Diskussion mit dem Bayerischen Gemeindetag geführt, warum hat man nicht gesagt: Lasst uns zusammensetzen, verschieben wir die Einweihung noch mal, das Unterschreiben der Charta, bis vom Wirtschaftsministerium Nägel mit Köpfen kommen, wir beschleunigen das, dass der Aiwanger endlich etwas macht, und dann unterschreiben wir?

Warum wird der Bayerische Gemeindetag rausgeworfen und komplett von der Homepage gestrichen? Das möchte ich jetzt von Ihnen wissen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Die Tür steht offen. Die Charta wurde von 51 anderen unterzeichnet. Das Jubiläum wurde gefeiert, und wir sind natürlich bei diesen Gesprächen im Wirtschaftsministerium, Umweltministerium und übrigens auch Bauministerium und Landwirtschaftsministerium, weil die bei dem Thema Meistern des Klimawandels und der Energiewende immer beteiligt sind, immer gesprächsbereit.

Deshalb sage ich es noch einmal: Macht jetzt nicht eine Nummer auf, die überhaupt nicht geboten ist. Man weiß ganz genau – –

(Widerspruch des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE) – Toni Schuberl (GRÜNE): Haben Sie das von der Website gestrichen oder nicht?)

Ihr habt die Pressemitteilungen genommen und habt gedacht, dass ihr eine Show daraus machen könnt. Wichtig ist, dass momentan diese Gespräche über die kommunale Wärmeplanung laufen. Wir werden das als Staatsregierung vorwärtsbringen. Das ist unsere Aufgabe, und dabei bleibt es.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung:

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/3603 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Ich bitte die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.